

21. Jh. wie die Welt insgesamt mit den damit verbundenen akuten Problemen konfrontiert sei und dringend Vorbereitungen treffen müsse. Seit alters her seien die Alten in China durch die Familie versorgt worden, doch dies werde sich im nächsten Jh. ändern, denn schon in wenigen Jahrzehnten werde das Schema „vier-zwei-eins“ (vier Alte, zwei Arbeitskräfte, ein Kind) das vorherrschende Familienmuster in China sein. Dann sei es ganz unmöglich, daß die Familie die Alten versorge. Diese Aufgabe müsse also Schritt für Schritt die Gesellschaft übernehmen. (Vgl. RMRB, 14.11.97, S.10)

Besonders dringend stellt sich das Problem der Versorgung der Alten auf dem Lande dar, wie kürzlich in einem Bericht der *Volkszeitung* dargelegt wurde (RMRB, 24.11.97, S.9). Mit dem Zusammenbruch der Kollektivwirtschaft und der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente ist auch das kollektive Versorgungssystem verschwunden. Während es für die städtische Bevölkerung seit Jahrzehnten eine staatliche Altersrente gibt, fehlt eine solche auf dem Lande. Somit lebt die überwiegende Mehrheit der Menschen (74% der Bevölkerung lebt auf dem Lande) ohne solide Altersversorgung. Bislang war es üblich, daß gerade auf dem Lande die Alten durch die Familie versorgt wurden, und deshalb meinen viele, die Altersversorgung auf dem Lande sei kein Problem. Doch dies wird sich bald ändern, denn die Möglichkeiten der ländlichen Familien, die Alten zu versorgen, werden immer schwächer. Als Gründe werden in dem Artikel angeführt, daß jedes Jahr Millionen von Arbeitskräften in die Städte wandern, deshalb sei das Alterungsproblem auf dem Lande schlimmer als in der Stadt. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Ressource Ackerland immer mehr abnimmt und die Alten vom Boden immer weniger leben könnten. Mit Rücksicht auf die offizielle Familienplanungspolitik wird nicht erwähnt, daß als Hauptproblem die geringere Kinderzahl zu gelten hat.

In dem Bericht wird vorausgesagt, daß China ab dem Jahr 2010 eine alternde Gesellschaft zu werden beginnt. In dem Jahrzehnt 2020-2030 wird die Alterung ihren Höhepunkt erreichen. Wenn man nicht zwei bis drei Jahrzehnte vorher Vorsorge trifft, dann ist eine Grundversorgung der Alten schwer zu bewerkstelligen, so die Prognose. Eine umfassende soziale Altersversorgung für die Landbevölkerung ist also erforderlich. Die mei-

sten Bauernfamilien können heutzutage ihre Grundbedürfnisse befriedigen und genießen sogar bescheidenen Wohlstand, doch die Mehrzahl hat keine Garantie, daß dies auch im Alter so bleibt. Zwar ist in den meisten Gebieten ein Sozialversicherungssystem aufgebaut worden, aber nur in den wohlhabenderen Orten ist es solide und funktioniert. In den meisten Gebieten hingegen ist es rudimentär und instabil, weil die Fonds nicht intakt gehalten werden, die Mittel nicht sachgerecht verwendet werden und die jeweiligen Einheiten (Dörfer oder ländliche Betriebe) nicht ihren Anteil einzahlen. Trotz der großen regionalen Unterschiede haben immerhin gut 2.000 Kreise ein wenn auch vielfach schlecht funktionierendes Sozialversicherungssystem aufgebaut. Daran beteiligen sich gut 82 Mio. Menschen mit Einzahlungen. Die ländlichen Versorgungsfonds speisen sich zu über 50% aus Beiträgen der einzelnen Teilnehmer, das Kollektiv zahlt Zuschüsse von maximal 50%. Die Höhe der Altersrente richtet sich nach den individuellen Einzahlungsbeträgen. Im Alter von 60 Jahren wird eine monatliche Rente ausgezahlt, wobei für zehn Jahre ein Erbspruch besteht, falls der betr. Rentner vor Ablauf des Jahrzehnts stirbt. Danach wird die Rente weiter gezahlt, aber der Erbspruch erlischt. (Ebd.)

Wie es in dem Bericht heißt, zahlen nur gut 82 Mio. der ländlichen Bevölkerung in die ländlichen Versorgungsfonds ein. Dies zeigt, daß das Angebot nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird. Sicherlich sind hierfür wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend, aber es scheint, daß hier auch noch viel Aufklärungsarbeit vonnöten ist, damit die ländliche Bevölkerung begreift, daß sie Zukunftsvorsorge treffen muß und sich nicht mehr auf die Familie verlassen kann. Das größere Problem scheint allerdings zu sein, daß die Sozialfonds keine stabile Basis haben. Hier sind staatliche Regelungen und vor allem Kontrollen erforderlich, die gewährleisten, daß die Menschen im Alter auch tatsächlich an ihr Geld kommen. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 14 Fortschritte in den chinesischem-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen?

Vom 26.10. bis zum 3.11. stattete Chinas Staatspräsident Jiang Zemin den Vereinigten Staaten einen Staatsbesuch ab. Auf wirtschaftlichem Gebiet standen dabei folgende Themen im Vordergrund der Gespräche: das enorm angewachsene US-Handelsbilanzdefizit im bilateralen Handel, der Beitritt Chinas zur WTO (World Trade Organisation) und die zukünftigen Möglichkeiten der Kooperation auf dem Gebiet der Nukleartechnologie.

Das US-Handelsbilanzdefizit mit der Volksrepublik ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. 1996 belief sich das Defizit auf 44 Mrd. US\$. US-amerikanische Unternehmen schlossen zwar während des Staatsbesuchs Verträge mit einem Gesamtauftragswert von 4,3 Mrd. US\$ ab. Einen Ausgleich des Handelsbilanzdefizits können diese Verträge allerdings nicht bewirken. Für dieses Jahr wird ein erneutes Rekordminus im beiderseitigen Handelsbilanzsaldo erwartet. Inzwischen trägt die Volksrepublik China den Hauptanteil am Außenhandelsdefizit der USA und wird dieses Jahr erstmals Japan, das bisher die Liste der für die USA defizitären Handelspartner anführte, auf Platz zwei verweisen. Dementsprechend forderte US-Präsident Clinton China auf, die Öffnung seiner Märkte voranzutreiben. Präsident Jiang machte hingegen die seines Erachtens diskriminierenden Exportkontrollen der Vereinigten Staaten im Handel mit China für die defizitäre Entwicklung der beiderseitigen Handelsbilanz verantwortlich. (HB, 22.10.97, 27.10.97, 31.10./01.11.97 und 4.11.97; SCMP, 02.11.97; SZ, 29.10.97)

Der Ruf nach weiterer Öffnung der Märkte Chinas wurde von US-amerikanischer Seite auch im Rahmen der Gespräche über den WTO-Beitritt Chinas laut. Die amerikanische Seite sicherte China zwar ihre Unterstützung für einen möglichst baldigen Beitritt zu, machte ihre Unterstützung allerdings von einer weiteren externen Liberalisierung der chinesischen Volkswirtschaft abhängig.



Präsident Jiang äußerte während des Gipfels, daß es nicht gerechtfertigt sei, daß China als inzwischen elftgrößte Handelsnation der Welt den Beitritt zur WTO immer noch nicht geschafft hat. Als bedeutendes Hindernis für die Aufnahme Chinas betrachtet die amerikanische Seite die protektionistische Zolltarifpolitik Chinas, die den Export US-amerikanischer Güter in die Volksrepublik behindert. Darauf Bezug nehmend, kündigte Präsident Jiang an, die Zolltarife für Importgüter bis zum Jahr 2000 auf durchschnittlich unter 15% senken zu wollen. Außerdem erklärte Beijing, das „Information Technology Agreement“ - ein internationales Abkommen, das die weltweite Öffnung der Telekommunikations- und Hochtechnologiemärkte anstrebt - unterzeichnen zu wollen. Die Unterzeichnung dieses Abkommens hätte zur Folge, daß für amerikanische Hochtechnologieexporte in die VR China fortan keine Zölle zu entrichten wären. Ob China das Abkommen nach einer Unterzeichnung wirklich kurzfristig in die Praxis umsetzen würde, bleibt fraglich. So vermuteten skeptische Stimmen in den Vereinigten Staaten, daß sich hinter diesen Ankündigungen eher nüchternes Kalkül als ernsthafte Reformmaßnahmen verbergen. (HB, 27.10.97; IHT, 04.11.97; NZZ, 31.10.97, SCMP, 02.11.97; SZ, 29.11.97)

Eine mögliche Trendwende in der Frage des baldigen chinesischen WTO-Beitritts trat während des APEC-Gipfels am 24. und 25. November im kanadischen Vancouver ein. Am Rande des Gipfels von 18 Staats- und Regierungschefs der Asien-Pazifik-Region trafen der chinesische Staatschef und Präsident Clinton erneut zu einem Gespräch zusammen. Im Anschluß an die Begegnung äußerte Bill Clinton sein persönliches Interesse an einer möglichst baldigen Mitgliedschaft Chinas in der WTO. Die auf dem APEC-Gipfel ebenfalls zusammengetroffenen Handelsminister beider Staaten erklärten nach ihrem einstündigen Gespräch, die WTO-Beitrittsverhandlungen mit China gemeinsam beschleunigen zu wollen. Beide Seiten, die die Gespräche als äußerst nützlich bezeichneten, kamen überein, schon im Dezember in Genf weiterverhandeln zu wollen. Nach Aussagen des britischen EU-Vizepräsident Sir Leon Brittan könnten die aktuellen Zusagen Beijings bei der neuen Verhandlungsrunde im Dezember einen Durchbruch in der Beitrittsfrage ermögli-

chen. (HB, 26.11.97 und 28/29.11.97; SCMP, 23.11.97)

Bereits im Vorfeld des Besuchs von Präsident Jiang in den Vereinigten Staaten hatten beide Seiten auf wirtschaftlichem Gebiet intensive Vorarbeit geleistet, um einen möglichst reibungslosen Ablauf des Gipfels zu gewährleisten. So hatte Washington unlängst die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit China verlängert. Darauf Bezug nehmend, forderte Präsident Jiang die amerikanische Geschäftswelt auf, sich beim US-Kongreß für eine Aufhebung der jährlichen Debatte zur Neuverlängerung der Meistbegünstigungsklausel einzusetzen. In der Vergangenheit hatte der US-Kongreß die Verlängerung der Meistbegünstigung im bilateralen Handel bereits des öfteren dahingehend genutzt, diese Entscheidung mit einer Debatte über die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik zu verbinden. (SCMP, 02.11.97; SZ, 29.10.97)

Zur Vorarbeit der chinesischen Seite im Vorfeld des Gipfels gehörte die Ankündigung, ein Kontrollsystem für Atomexporte der Volksrepublik einzurichten und die nukleare Zusammenarbeit Beijings mit dem Iran zurückzuführen. Während des Gipfels versicherte Präsident Jiang seinem US-Kollegen Bill Clinton erneut, daß China Nukleartechnik in Zukunft nicht mehr an Drittstaaten wie den Iran weitergeben werde. Daraufhin gab die US-Regierung der US-amerikanischen Nuklearindustrie grünes Licht für die zukünftige Lieferung von Nukleartechnologie in die Volksrepublik, indem Präsident Clinton ankündigte, ein bereits 1985 ausgehandeltes Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China auf dem Gebiet der zivilen Nukleartechnologie jetzt in Kraft setzen zu wollen. Die US-Atomindustrie hatte bereits seit längerem darauf gedrängt, Zutritt zu diesem sehr lukrativen, ihr allerdings bisher verschlossenen Markt zu erhalten. China hatte im Vorfeld des Gipfels zu verstehen gegeben, daß es die benötigte zivile Nukleartechnologie auch aus anderen Ländern wie Kanada, Frankreich oder Großbritannien importieren könne, sollte die US-Regierung auf ihrer harten Haltung in der Frage von chinesisch-amerikanischen Nukleargeschäften beharren. Die Nuklearindustrie der USA erwartet nach Aussagen des Präsidenten der Nuklearabteilung des Energiekonzerns Westinghouse, Charles Pryor, in den kommen-

den zwei Jahrzehnten Aufträge in der Größenordnung von 50 bis 60 Mrd. US\$ zu erhalten. Allerdings lösten die künftigen Nukleargeschäfte der USA mit der Volksrepublik unter US-amerikanischen Politikern nicht nur Zustimmung aus. So äußerten Senats- und Repräsentantenhausmitglieder wegen der Undurchsichtigkeit der chinesischen Politik Bedenken gegen etwaige Nukleargeschäfte. Unmittelbar nach Beendigung des Gipfels verabschiedete das amerikanische Repräsentantenhaus mehrere Vorlagen, die deutliches Mißtrauen gegenüber China zum Ausdruck brachten. Unter anderem verlangten sie, die Überprüfung der Zusicherungen Chinas zu Nukleargeschäften mit Drittländern länger als zunächst vorgesehen durchzuführen. (FT, 27.10.97; HB 31.10/01.11.97; NZZ 8./9.11.97; SZ, 29.10.97)

Wertmäßig den größten Teil der während des Gipfels zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China unterzeichneten Verträge machte mit einem Gesamtwert von ca. 3 Mrd. US\$ der Großauftrag für den amerikanischen Flugzeugbauer Boeing aus. Vertreter von Boeing und der chinesischen Regierung unterzeichneten am 30. Oktober in Washington einen Lieferauftrag für 50 Passagierflugzeuge. Dieser Auftrag stellt bislang die größte von der chinesischen Luftfahrtindustrie vorgenommene Einzelbestellung dar. Bei den 50 bestellten Flugzeugen handelt es sich um 36 Maschinen des Typs Boeing 737, acht Modelle der B-777, fünf Flugzeuge des Typs B-757 und eine Boeing 747. Boeing teilte am Rande der Vertragsunterzeichnung mit, daß in den vergangenen drei Jahren jede zehnte produzierte Boeing-Maschine in die Volksrepublik China verkauft worden sei. Chinas ziviler Luftverkehr wird nach Aussagen von Boeing-Vertretern auch zukünftig zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Davon ausgehend, prognostiziert Boeing, daß die Volksrepublik in den kommenden 20 Jahren einen Gesamtbedarf von 1.900 Maschinen aufweisen wird. Schon heute sind über 60% der Flugzeuge der zivilen Luftverkehrsflotte Chinas Maschinen vom Typ Boeing oder McDonnell Douglas. Beide Flugzeugbauer haben seit den frühen 70er Jahren 337 Maschinen mit einem Gesamtwert von 15,3 Mrd. US\$ an China verkauft. (FAZ, 03.11.97; XNA, 01.11.97)

Die Ereignisse des Jiang-Besuchs in den Vereinigten Staaten erweckten zunächst den Anschein, daß keine substantiellen Fortschritte in den wesent-



lichen Fragen der chinesisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen erzielt wurden. Die während des kurz darauf stattfindenden APEC-Gipfels in Kanada von beiden Seiten getroffenen Ankündigungen revidierten diesen Eindruck recht schnell. Die US-amerikanischen Verlautbarungen während des APEC-Gipfels legen den Schluß nahe, daß Washington von seiner harten Haltung in der Frage des chinesischen WTO-Beitritts Abstand genommen hat. Trotzdem bleibt zu überprüfen, ob die Ankündigungen Chinas, seine Märkte weiter zu öffnen und seine Importzolltarife erneut zu senken, tatsächlich in naher Zukunft in die Praxis umgesetzt werden. Sollte eine weitere Öffnung der inländischen Märkte die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie und damit Arbeitsplätze gefährden, wird die Volksrepublik China die praktische Umsetzung bereits getroffener Zusagen für eine weitere externe Liberalisierung zeitlich weiterhin hinauszögern. (HB, 26.11.97)

Daß der Gipfel auf wirtschaftlichem Gebiet trotz aller intensiven Vorbereitungen nicht gänzlich ohne Probleme verlief, wurde deutlich, als die Vereinigten Staaten am 2. November noch vor Ende des Gipfels ankündigten, gegen die Volksrepublik China möglicherweise Schiffahrtssanktionen zu verhängen, sollte die Regierung in Beijing nicht ihre erst kürzlich erlassenen Beschränkungen für ausländische Containerschiffe, die nur noch eine begrenzte Anzahl großer Küstenhäfen anlaufen dürfen, aufheben. (FAZ, 03.11.97)

Sowohl der Gipfel in Washington als auch das APEC-Treffen in Kanada machen deutlich, daß sich in der politischen Haltung der Clinton-Administration gegenüber China eine Politik des Pragmatismus durchgesetzt hat, für die sich die führende amerikanische Geschäftswelt, die sich von einer derartigen Politik eine Verbesserung ihrer Geschäftsaussichten in China erhofft, bereits seit längerem eingesetzt hatte. -ho-

## 15 Rußland wünscht Verbesserung der Handelsbeziehungen zu China

Nach Aussagen des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Boris Nemtsov räumt Rußland der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China in Zukunft größere Priorität ein. Boris Nemtsov begleitete den russi-

schen Präsidenten Boris Jelzin bei seinem dreitägigen Staatsbesuch in China vom 9. bis zum 11. November. Während des Besuchs wurde ein bereits seit drei Jahren geplantes Rahmenabkommen über den Bau einer 3.000 km langen Gaspipeline vom sibirischen Kowitkin in den Nordosten Chinas unterzeichnet. Die Kosten für den Bau dieser Pipeline sollen sich auf 12 Mrd. US\$ belaufen. Vor Realisierung dieses Projekts sind jedoch noch zahlreiche Hindernisse zu überwinden, denn an die Pipeline sollen neben China auch Japan und Südkorea angeschlossen werden. Verhandlungen mit diesen Ländern sind noch für das laufende Jahr angesetzt. Diese Länder sollen sowohl für den größten Teil der Finanzierung sorgen als auch die für das Projekt notwendige Ausrüstung bereitstellen.

Gleichzeitig führten Rußland und China während des Staatsbesuchs Gespräche über den Bau eines russischen Kernkraftwerks in der Volksrepublik. Die Verträge zu diesem Projekt mit einem Wert von voraussichtlich 3 Mrd. US\$ wollen beide Seiten noch in diesem Jahr unterzeichnen. Wie im Anschluß an die Gespräche verlautete, soll zunächst Rußland die Anlage, die aus zwei russischen WWER-1000-Reaktoren bestehen soll, für mehrere Jahre betreiben und auch die Beschaffung der Brennelemente übernehmen. Die russische Seite schloß nicht aus, daß man neben diesem Reaktor noch weitere Reaktoren in China bauen werde. Trotz dieses Geschäfts ist Rußland weit davon entfernt, zum führenden ausländischen Lieferanten für Nukleartechnologie in China zu werden. China bezieht bereits seit längerem Nukleartechnologie aus Ländern wie Frankreich und Kanada. (NfA, 11.11.97)

Während des Treffens sprachen sich beide Seiten für eine deutliche Steigerung des bilateralen Handelsvolumens in den kommenden Jahren aus. Als Ziel gaben beide Länder an, im Jahr 2000 ein Handelsvolumen im Wert von 20 Mrd. US\$ erreichen zu wollen. Angesichts der Entwicklung des bilateralen Handels in der jüngsten Vergangenheit ist diese Vorgabe wahrscheinlich kaum zu verwirklichen, zumal die chinesische Seite dem Handel mit Rußland nicht die Priorität einräumt, die die russische Seite diesem zukünftig einräumen möchte. Nach Schätzungen wird das bilaterale Handelsvolumen von 6,8 Mrd. US\$ im Vorjahr auf ca. 6 Mrd. US\$ in diesem Jahr zurückgehen. Der Anteil des chinesisch-russischen Handels am gesamten Au-

ßenhandel Chinas beträgt damit lediglich 2%. Die Gesamtanzahl der in beiden Ländern bislang gegründeten chinesisch-russischen Gemeinschaftsunternehmen beläuft sich auf lediglich 2.000 Betriebe. Trotz aller anders lautenden Beteuerungen während des Jelzin-Besuchs wird China den chinesisch-russischen Handel auch in Zukunft, abgesehen von den Importen russischer Rüstungstechnologie – Rüstungsgüter stellen den wichtigsten Exportartikel Rußlands nach China dar – , als zweitrangig einstufen. Doch auch die russischen Waffenlieferungen nach China verlaufen nicht friktionslos. Während Rußland für seine Waffenlieferungen eine Bezahlung in Devisen fordert, lehnt die Volksrepublik eine Bezahlung in Hartwährungen ab und präferiert statt dessen den Tauschhandel mit Gütern des täglichen Bedarfs. Nach Meldungen der russischen Nachrichtenagentur Interfax haben die Unstimmigkeiten in dem von der jeweiligen Seite präferierten Zahlungsmodus dieses Jahr zu einem signifikanten Rückgang der russischen Waffenlieferungen nach China geführt. (AWSJ, 13.11.97; CEN, 1.12.97; SCMP 15.11.97)

Obwohl Jelzin während des Besuchs von einer 60-köpfigen Handelsdelegation führender russischer Geschäftsleute begleitet wurde, konnten, abgesehen vom dem Gaspipelineprojekt und der Absichtserklärung für den Bau eines Kernkraftwerks, keine weiteren Projekte auf wirtschaftlichem Gebiet ausgehandelt werden.

Nach Abschluß ihrer Gespräche in Beijing reiste die russische Delegation nach Haerbin (Harbin), Hauptstadt der an Ostsibirien grenzenden chinesischen Provinz Heilongjiang. Dort sprach sich Jelzin für die Schaffung einer grenzüberschreitenden Freihandelszone zwischen der Provinz Heilongjiang und den nördlich des Amur gelegenen russischen Städten aus. Der grenzüberschreitende Handel zwischen Ostsibirien und der Provinz Heilongjiang hat in den vergangenen Jahren einen starken Aufschwung erlebt. In diesem Jahr erreicht der Handel zwischen Sibirien und Heilongjiang, der seit 1982 möglich ist, mit ca. 1 Mrd. US\$ einen Anteil von 16% am gesamten chinesisch-russischen Handel. Das während des Jelzin-Besuchs ausgehandelte Grenzabkommen wird den Handel zwischen Heilongjiang und Ostsibirien vermutlich noch verstärken. (AWSJ, 11., 12. und 13.11.97; NfA, 11.11.97; XNA, 11., 12. und 13.11.97; Inter-



fax News Agency, 11.11.97 in SWB  
FE/D3074/CNS 121197) -ho-

## 16 VR-RK-Wirtschaftsseminar

Anfang Oktober wurde in Zhangjiajie, Provinz Hunan, ein großes Wirtschaftsseminar mit siebzig wissenschaftlichen Vertretern, insbesondere Politik- und Wirtschaftswissenschaftler, aus China und der Republik Korea veranstaltet. Inhalt des Seminars waren sowohl weltwirtschaftliche Entwicklungen als auch bilaterale Wirtschaftsthemen. Seit 1996 ist Korea Chinas drittgrößter Wirtschaftspartner (Handelsvolumen rd. 20 Mrd. US\$, koreanisches Investitionsvolumen rd. 10 Mrd. US\$). (XNA, 13.10.97) -ma-

## 17 Honda hat Wettlauf um Peugeot-Anteile gewonnen

Der japanische Autobauer Honda wird den französischen Autobauer Peugeot in China ersetzen. Damit ist Honda der erste der fünf großen japanischen Automobilbauer, der eine vollständige Pkw-Produktion in China aufbauen kann. Peugeot erklärte vor mehreren Monaten seinen Rückzug aus dem 1985 gegründeten Joint Venture Guangzhou Automobile Co. zur Herstellung von Pkws. Das Joint Venture, das Peugeot gemeinsam mit den beiden staatlichen chinesischen Unternehmen Guangzhou Auto Group Corp. und Dongfeng Motor Corp. betrieben hatte, stellte bereits vor einigen Monaten die Fertigung ein, nachdem die Kraftfahrzeugproduktion auf zuletzt nur noch 2.000 Fahrzeuge jährlich heruntergefahren worden war. In Spitzenzeiten hatte Peugeot in Guangzhou bis zu 20.000 Fahrzeuge jährlich produziert.

46% der Unternehmensanteile hielt bislang die Hongkonger Investmentgesellschaft Denway Investment. Sie sollen an einen unter der Kontrolle der Stadt Guangzhou stehenden Treuhänder verkauft worden sein. Das Gemeinschaftsunternehmen, an dem Peugeot 22% der Anteile hielt, hatte in den vergangenen zwei Jahren Verluste von insgesamt 600 Mio. RMB angehäuft. Das Scheitern seines Joint Ventures führt Peugeot auf die Minderheitsbeteiligung von 22%, die zu erheblichen Abstimmungsproblemen mit den chinesischen Partnern geführt habe, und auf die schlechte Absatzsituation auf dem chinesischen Pkw-Markt zurück, der sich in

den vergangenen Jahren langsamer als von Experten ursprünglich angenommen entwickelt habe. Gegenwärtig macht nach offiziellen Angaben der Anteil des Pkw-Marktes noch nicht einmal ein Drittel des gesamten Kraftfahrzeugmarktes in China aus.

Daß die Entwicklung des chinesischen Automobilmarktes keineswegs den vor mehreren Jahren getroffenen Prognosen entspricht, zeigt sich auch darin, daß die Automobilimporte Chinas in diesem Jahr den niedrigsten Stand seit 10 Jahren erreichen. (NfA, 25.11.97)

Nach der Aufgabe von Peugeot hatten sich neben Honda auch die Adam Opel AG und der südkoreanische Automobilbauer Hyundai um den Erwerb des Joint Ventures beworben. In einer Meldung wurde außerdem darauf hingewiesen, daß sich auch BMW als Interessent für eine Übernahme der Peugeot-Anteile beworben hatte. (AWSJ, 15.11.97)

Das Rennen gewann schließlich Honda. Honda unterhält bereits seit 1994 ein Joint Venture für die Exportproduktion von Motorkomponenten mit der Dongfeng Automotive Group in China. An der Pkw-Produktionsstätte wird Honda zukünftig 50% der Anteile halten. Dongfeng beabsichtigt, seinen Anteil auf 10% zu reduzieren. Die Pkw-Produktion soll im Herbst 1999 mit zunächst 30.000 Einheiten pro Jahr aufgenommen werden. Die Produktionsanlagen des Joint Ventures sind für bis zu maximal 50.000 Einheiten pro Jahr ausgelegt.

Honda will in Guangzhou einen auf modernsten Konzepten beruhenden Mittelklassewagen produzieren, basierend auf dem Modell des Honda Accord. Damit wolle man in direkte Konkurrenz zu dem von Shanghai Volkswagen gebauten, aber bereits veralteten VW-Santana treten. Mittelklassewagen dominieren mit einem Anteil von über 50% eindeutig den Pkw-Markt in China. Shanghai Volkswagen plant, im Jahr 2000 einen neuen Mittelklassewagen, basierend auf dem VW-Passat, auf den Markt zu bringen. Gegenwärtig dominiert Volkswagen den Pkw-Markt in China mit einem Marktanteil von über 50%. (SCMP, 04., 11. und 14.11.97; FAZ, 15.11.97; FT, 14.11.97; XNA, 15.11.97)

Interesse an dem Aufbau einer Automobilproduktion in China hat kürzlich auch BMW geäußert. Nach Aussagen eines BMW-Vertreters haben die Verkäufe von BMW-Automobil-

bilen in der jüngsten Vergangenheit erheblich zugenommen. Die Realisierung einer Automobilproduktion strebe man allerdings erst mittel- bis langfristig an. Gegenwärtig sondiert BMW die Aussichten für eine Motorradfertigung in China. (HB, 10.11.97; NfA, 10.11.97)

Honda jedenfalls wird möglicherweise als letzter ausländischer Automobilhersteller den Zutritt zum chinesischen Automobilmarkt bis zum Jahr 2000 geschafft haben. Bis dahin will die chinesische Regierung den inländischen Pkw-Markt für weitere ausländische Produzenten strikt geschlossen halten. (SCMP, 14.11.97) -ho-

## 18 Bau eines neuen Deutschen Zentrums in Shanghai angekündigt

Die Bayerische Landesbank gab bekannt, daß sie im Frühjahr 1998 mit dem Bau eines neuen Deutschen Zentrums in Shanghai Stadtteil Pudong, der gegenwärtig zum zukünftigen Finanzzentrum Chinas ausgebaut wird, beginnen will. Insgesamt soll die zukünftige Anlage aus fünf Gebäudeflügeln in einer Größe von 50.000 qm bestehen. Der erste, aus drei Gebäudeflügeln bestehende Bauabschnitt soll eine vermietbare Grundfläche von 24.000 qm umfassen. Die Fertigstellung ist frühestens für den Oktober 1999, spätestens für das Frühjahr 2000 angesetzt. Im Jahr 2000 läuft auch der Mietvertrag für das bisherige Deutsche Zentrum in Shanghai auf dem Gelände der Tongji-Universität aus. Dieses ist mit 45 Mietern zur Zeit vollständig belegt. Weitere deutsche Unternehmen stünden nach Aussagen von Vertretern der BayernLB auf einer Warteliste. Das Projekt, das nach Aussagen des zuständigen BayernLB-Repräsentanten in der Region, Volker Stöckel, die Unterstützung des Shanghai Magistrats genießt, habe bereits die erste Genehmigung erhalten.

Die Kosten für den ersten Bauabschnitt des neuen Zentrums werden mit umgerechnet 100-120 Mio. DM angegeben. Die Finanzierung übernimmt eine 100%ige Tochter der BayernLB, die als Zwischenholding bislang das alte Zentrum als Non-Profit-Center rechtlich vertreten hatte und auch das neue Zentrum rechtlich vertreten wird. Nach Aussagen von Alfred Lehner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB, erwarte man das Erreichen der Gewinn-



schwelle günstigstenfalls zwei Jahre nach Eröffnung, spätestens aber nach vier Jahren. Die Kosten für die später geplanten zwei weiteren Gebäudedeckelungen werden auf 17 Mio. DM veranschlagt.

Der Mietpreis für einen ca. 23 qm großen Büroraum im neuen Zentrum solle einschließlich bestimmter Serviceleistungen ungefähr 1.748 DM monatlich betragen. Büroräume in der Größe von ca. 82 qm sollen 6.232 DM monatlich kosten. Interesse an der Anmietung von Büroräumen im neuen Zentrum haben bereits Verbände und Unternehmen wie der DIHT, Lufthansa, Bertelsmann und die Bank of China bekundet.

Das neue Zentrum ist nach Äußerungen des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der BayernLB Teil eines Netzwerkes Deutscher Zentren in verschiedenen ost-, süd- und südostasiatischen Ländern. Neben der BayernLB sind auch noch andere deutsche Landesbanken an dem Aufbau dieser Zentren beteiligt. (NfA, 13.11.97; SZ, 13.11.97)

Das Deutsche Zentrum in Shanghai bietet neben der Vermietung von Büroräumen auch sogenannte Business-Centre-Dienstleistungen wie Schreib- und Sekretariatsleistungen, Übersetzungsdienste und Kurierdienste an. Darüber hinaus sind auch Beratungsleistungen für deutsche Unternehmen, die in China investieren wollen, Personalvermittlung und Messe-Service Teil seines Dienstleistungsprogramms.

Deutsche Direktinvestitionen in der VR China sind im ersten Halbjahr 1997 entgegen dem allgemeinen Trend überproportional gewachsen. Während sich allgemein der Zuwachs bei den ausländischen Direktinvestitionen in China im ersten Halbjahr 1997 mit 6,4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verlangsamte, verzeichneten die deutschen Direktinvestitionen in China im ersten Halbjahr 1997 einen Zuwachs von 137,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Deutsche Direktinvestitionen wiesen damit gegenüber den Direktinvestitionen anderer Länder die höchste Zuwachsrate auf. Investitionen aus Hongkong und Japan, die zu den wichtigsten ausländischen Investoren in China zählen, gingen hingegen innerhalb desselben Zeitraums um 5,5% bzw. 10% zurück. (NfA, 11.11.97) -ho-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 19 Nationale Konferenz zur Reform des Finanzsystems

Vom 17. bis zum 19. November fand in Beijing eine nationale Konferenz zur Reform des Finanzsystems statt. Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji hatte diese Konferenz bereits während des Treffens der Weltbankmitglieder im September in Hongkong angekündigt. Das Zentralkomitee der KP Chinas und der Staatsrat hatten die Konferenz organisiert, an der neben Präsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng, Vizeministerpräsident Zhu Rongji und führenden Mitgliedern des Politbüros der KP und des Staatsrats auch mehrere Provinzgouverneure, die Leiter der verschiedenen Niederlassungen der chinesischen Zentralbank, das führende Management der großen Staatsbanken und führende Vertreter der wichtigsten Versicherungsgesellschaften teilnahmen. Die jüngsten Krisenerscheinungen in den Volkswirtschaften und Finanzmärkten Südost- und Ostasiens verliehen der Konferenz besondere Brisanz, so daß auch ausländische Beobachter verstärktes Interesse an dem nationalen Treffen bekundeten. Zugleich handelte es sich bei dieser Konferenz um die erste ihrer Art. Es werden zwar alljährlich im Herbst nationale Konferenzen zu den wirtschaftlichen Entwicklungen des laufenden und den Planvorgaben des kommenden Jahres abgehalten, die diesjährige Konferenz zum Finanzsektor ist jedoch ein Novum. (CNA, 01.12.97; SCMP, 21.11.97; Xinhua, in Chinese, 20.11.97 in SWB FE/D3084/CNS 241197)

Im Anschluß an die Konferenz wurde bekanntgegeben, daß China der Reform seines Finanzsystems in Zukunft höchste Priorität einräumen wird. Die Teilnehmer der Konferenz erzielten Einigkeit darüber, daß der Finanzsektor der Kern einer modernen Volkswirtschaft sei. Wie in der nach Abschluß des Treffens über die Nachrichtenagentur Xinhua verbreiteten Erklärung zu den Ergebnissen der Konferenz festgestellt wurde, ist sich die Staatsführung im klaren darüber, daß eine Vielzahl von Problemen das gegenwärtige Finanzsystem Chinas belasten. Im einzelnen

wurden die mangelnde Entwicklung des Finanzsektors, der der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr gerecht wird, das unterentwickelte Rechtssystem im Finanzwesen, die mangelnde Aufsicht über die Finanzinstitutionen, die Schwächen im Management, das allgemeine Chaos im Finanzsystem und die weitverbreiteten rechtswidrigen Geschäftspraktiken als Ursachen für die momentanen Probleme im Finanzsektor genannt. Um den Gefahren vorzubeugen, die aus diesen Problemen resultieren könnten, forderte die Konferenz eine Forcierung der Reformen auf dem Finanzsektor. Details, wie man die Reform im einzelnen zu bewerkstelligen gedenkt, wurden in der Xinhua-Erklärung nicht genannt. Es wurde jedoch ein Zeitplan von drei Jahren aufgestellt, in dem man die Reformen erfolgreich durchzuführen hofft. Als Maßnahmen werden mehr oder weniger allgemein die Umwandlung der staatlichen Banken in wirklich kommerziell arbeitende Banken, die Stärkung der Aufsichtsfunktion der Zentralbank, die Verbesserung der Rechtssicherheit im Finanzsektor und die Beschleunigung der Reform der Staatsbetriebe genannt. (CNA, 01.12.97; IHT, 21.11.97; SCMP, 21.11.97; Xinhua, in Chinese, 20.11.97 in SWB FE/D3084/CNS 241197)

Auf die Dringlichkeit, die Reformen des Finanzsystems zu beschleunigen, haben ausländische Beobachter in der jüngsten Vergangenheit wiederholt hingewiesen. Allein die Bilanzen der staatlichen Banken sind nach jüngsten Schätzungen der Zentralbank (PBOC) mit notleidenden Krediten in einer Größenordnung von 13-14% belastet. Ausländische Beobachter schätzen den Anteil der notleidenden Kredite sogar noch höher ein. So hält es die US-amerikanische Forschungsorganisation DRI/McGraw Hill nach einem Bericht der *International Herald Tribune* vom 21.11.97 für wahrscheinlicher, daß sich der Anteil der notleidenden Kredite in einer Größenordnung von 20-40% bewegt. Angesichts dieser Daten ist eine Forcierung der Reform dringend geboten. Welche Maßnahmen die Regierung im einzelnen durchzuführen gedenkt, wird vermutlich erst in einigen Monaten sichtbar werden. Ein vielversprechendes Anzeichen für eine größere Offenheit in der Geldpolitik tauchte jedoch schon Anfang Dezember auf. Die Zentralbank kündigte an, ab Anfang nächsten Jahres ein bislang als intern behandeltes Zirkular über die aktuelle Geldpolitik künftig veröf-